

Seite, selbst von den Kommunisten Rußlands, annehmen (New York Times 28. 10. 51). Besonders gravierend ist die Sympathie weiter Kreise der Studentenschaft für den Kommunismus. So gilt die Hälfte aller Studenten der mit Marshallplan-Geldern gehaltenen amerikanischen Universität in Beirut als kommunistisch verseucht. Die augenblicklich mächtiger denn je nach Asien einströmende westliche Technik und Zivilisation macht dem Islam Sorgen. Wird er die Wandlungen der Lebensformen ohne Substanzverlust verarbeiten? Das bisherige soziale Gefüge war ein Teil der theokratischen Ordnung des Islam. Seine Umwandlung muß Folgen haben. Wird der Islam vor allem mit den revolutionären Ideen fertig werden, die mit der technischen Zivilisation und der Industrialisierung über die Erde gehen? Manche glauben, daß der heute sich stark erneuernde Islam die Kraft besitzt. Andere Kenner des Orients sind der Ansicht, daß ihm dies im Laufe einer allerdings beträchtlich langen Zeit nicht gelingen wird.

#### *Bestandsaufnahme der kommunistischen Ausbreitung*

Über die faktische Ausbreitung des Kommunismus in unserem Raum bot erstmalig Francis W. Anderson SJ in der Zeitschrift „Worldmission“ (September 1951) eine umfassende Studie. In *Israel* erhielten die Kommunisten bei den Wahlen von 1949 zwar nur 3,5 Prozent Stimmen, aber von den 500 000 Einwanderern der Jahre 1948 bis 1951 kam die Hälfte aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang. Da Rußland diese Auswanderung kontrolliert, kann man annehmen, daß sich unter den Einwanderern ein beträchtlicher Prozentsatz kommunistisch orientierter europäischer Juden befindet. Die Vereinigte Arbeiterpartei ist stark sowjetisch orientiert. Ein relativ starkes kommunistisches Element bilden die in Palästina gebliebenen Araber, die auch schon tschechische und russische Waffen nach *Jordanien* schafften, wo aber die Bevölkerungsstruktur (Beduinen und ländliche Siedler) kaum anfällig für den Kommunismus ist. Auch *Saudi-Arabien* ist als Beduinenland mit strenger Orthodoxie absolut antikommunistisch. Die in den amerikanischen Ölkonzessionen tätigen Arbeiter werden von den Amerikanern sehr gut gehalten und sind mit einer Reihe von Sozialeinrichtungen versehen. In *Ägypten* sind alle Vorbedingungen für kommunistische Erfolge gegeben: ein Großstadtproletariat, eine Schicht von „Intellektuellen“, die mit Leidenschaft gegen eine Geldaristokratie für soziale Reformen kämpfen, Massen arbeitsloser Halbintellektueller und Tausende unterdrückter Landpächter. Die Sowjetgesandtschaft in Kairo ist Zentrum einer umfassenden Untergrundbewegung. Die Russen haben als Instrument der Infiltration die religiös-fanatichen Mohammedanischen Brüder gewählt, nachdem sie deren Bedenken gegen die Zusammenarbeit durch den Hinweis zerstreut haben, die Hebung der gedrückten Klassen durch den Kommunismus und die mohammedanische Caritas gegen die Armen entspringen der gleichen Philosophie.

#### *Christen auf Seiten der Kommunisten*

In *Syrien* und im *Libanon* besteht eine starke Untergrundbewegung, der viele christliche Armenier angehören, die vom Kommunismus Befreiung vor der mohammedanischen Herrschaft erwarten. Die Russen versprechen den Armeniern finanzielle Entschädigung für die Ausrottungs-

aktion der Türken im ersten Weltkrieg nach der türkischen Eroberung. Sie schildern auch das Leben in Sowjet-Armenien in lebhaften Farben, haben aber die Einwanderung von Armeniern aus Syrien und dem Libanon abgestoppt, um in diesen Ländern Stoßtrupps bereitzuhalten. In der *Türkei*, die die Russen fürchtet, kommt der Kommunismus nicht hoch. Wieder sind es Christen, die auch im *Irak* den Kommunismus stützen, weil sie von ihm Befreiung von der islamischen Herrschaft erwarten. Es gibt dort aber auch Kommunisten unter den Mohammedanern (verunglückte Intellektuelle) und Juden (ideologische Schwärmer). Die Hauptgefahr aber bilden 750 000 Kurden in den Bergen des Nordirak, denen die Russen die Vereinigung mit den übrigen Kurden in einem eigenen Staate versprochen haben. Diese Kurden könnten im Kriegsfall die innere Ordnung im Irak umstoßen und den russischen Marsch auf die Ölfelder erleichtern. In *Iran* stehen die Russen hinter der Irredenta in Aserbeidschan, die mit Russisch-Aserbeidschan vereinigt sein will. Tausende von Angehörigen dieses Volkes sind über die Grenzen nach Rußland gewandert und wurden dort zu einer Satellitenarmee zusammengestellt. In Iran ist die unterdrückte Tudeh-Partei in Wirklichkeit kommunistisch. Auch in diesem Lande sind die 100 000 schismatischen Armenier aufs engste mit dem russischen Kommunismus befreundet. Aus ihnen sucht Rußland für den Ernstfall Sabotagetrupps zusammenzustellen. Im ganzen von uns betrachteten Gebiet ist die kommunistische Rundfunkpropaganda bei den des Lesens unkundigen Massen äußerst wirksam.

Die 1½ Millionen Christen im Nahen und Mittleren Osten würden, in zahlreiche Riten und innerhalb dieser Riten wieder in die zwei Gruppen der Schismatiker und Katholiken gespalten, bei einem kommunistischen Vorstoß ziemlich hilflos sein, zumal ja ein erheblicher Teil der schismatischen Christen von Rußland Befreiung erhofft. Es wäre für die orientalische katholische Kirche, die schon in Osteuropa und auf dem Balkan einer Vernichtungsaktion ausgesetzt ist, ein furchtbarer Schlag, wenn auch ihre Teile im Nahen Osten verfolgt würden. Noch schwerer wäre der Schlag für die Weltkirche, die heute mehr denn je nach Universalität innerhalb der Kulturen suchen muß und eine Fernostkirche in orientalischen Formen, die sich vielleicht bald wenigstens stellenweise als notwendig erweisen wird, nur mit sehr viel größeren Schwierigkeiten aufrichten könnte, wenn das nahöstliche orientalische Kirchenwesen vollkommen unterdrückt würde. Bei einem neuen Weltkonflikt werden der Nahe und der Mittlere Osten wahrscheinlich das Entscheidungsschlachtfeld bilden. Vom Ausgang dieser Kämpfe würde für die katholische Kirche in Asien mehr abhängen als die Erhaltung des Bestandes der kleinen Uniatenkirchen.

#### *Ökumenische Nachrichten*

**Die große Rückfrage** Mit einigem Bangen sehen die Veranstalter der 3. Weltkonferenz der ökumenischen Bewegung für „Glaube und Verfassung“ entgegen, die am 15. August dieses Jahres für 14 Tage in Lund unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Upsala, D. Yngve Brilioth, zusammentritt. Zum erstenmal wird sie auf Grund der Verfassung des „Weltrates der Kirchen“ von offiziellen Delegierten der rund 160 Mitgliedskirchen und nicht mehr, wie noch 1937 in Edinburgh, von kirchlichen Pio-



nieren besichtigt. Seitdem hat sich das dogmatische Bewußtsein ständig verschärft und der organisatorische Zusammenschluß der einzelnen konfessionellen Gruppen verfestigt, wie in diesen Spalten während der letzten Jahre laufend berichtet wurde. Man darf den Mut bewundern, wie die Männer der ökumenischen Bewegung immer wieder die Quadratur des Zirkels zu lösen versuchen, weil das Gewissen die Einheit der Kirche Christi, die Einheit des Glaubens und des Sakraments sowie, von ihm getragen, die Einheit der Ordnung des Leibes Christi fordert; denn dieser Ordo ist mit dem Wort „Verfassung“ gemeint, nicht eine säkulare Zutat zum Glauben, sondern seine sichtbare Darstellung.

Schon allein diese ursprünglich von Anglikanern und Orthodoxen herausgestellte Zielsetzung ist die Lebensfrage an alle Reformationskirchen, besonders an die Lutheraner (die sich Ende Juli als Lutherischer Weltbund in Hannover versammeln); denn ihre Bekenntnisgrundlage, die Augsburgische Konfession, urteilt, daß zur Einheit der Kirche die Einheit der Lehre und des Sakraments genügt, während „äußere Zeremonien“ nicht dazu erforderlich sind. Diese Unleibhaftigkeit und daher früher auch Staatsverfallenheit des reformatorischen Glaubens ist durch die Tatsache und Aufgabenstellung von „Faith and Order“, wie der englische Name lautet, in Frage gestellt. Und das ist nur die eine der großen Existenzfragen, die diesmal an die in Lund versammelten „Kirchen“ gestellt werden, da sie, in dem entschiedenen Bewußtsein, in ihrer Vereinzelung nicht die Kirche Jesu Christi zu sein (was nur die orthodoxen in missionarischer Ruhe von sich behaupten), von der Einen Heiligen Kirche hoffen, sie möge unter ihnen Ereignis werden. Denn auch darüber wurde, zuletzt in dem ekklesiologischen Dokument von Toronto, entschieden: „Der Weltrat der Kirchen ist . . . keine Superkirche. Er ist nicht die Weltkirche. Er ist auch nicht die Una Sancta Ecclesia, von der die Bekenntnisse sprechen.“ Ja es wurde dazu erklärt: „Die Mitgliedschaft bedeutet nicht, daß jede Kirche die anderen Gliedkirchen als Kirche in dem wahren und vollen Sinne des Wortes ansehen muß“ (IV, 4. Vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 100 f.)

#### *Nur nicht die Einheit Roms!*

Obwohl in den letzten Jahren gerade an Hand der dogmatischen Fundamentalfragen, der Christologie und Eschatologie, deutlich wurde, daß für absehbare Zeit der noch in Edinburgh gehegte Traum einer Synthese ausgeträumt ist, obwohl innerhalb der ökumenischen Bewegung die große Rückfrage immer lauter wird, ob das ökumenische Haus auch auf Felsen gebaut wurde, obwohl hier und da, besonders in Deutschland, immer mehr Zweifel aufsteigen, ob der Weltrat nicht doch Menschenwerk ist und das Wehen des Hl. Geistes, das man in Amsterdam 1948 zu verspüren meinte, keine Selbsttäuschung war, so scheint doch bei der Mehrzahl der führenden Männer der Glauben und Elan nicht erschüttert, und man sieht einer kirchlichen Neuschöpfung entgegen, die man getrost Gott anheim stellt. Denn — so schreibt der Generalsekretär Oliver Tomkins — „wir stehen in klarer Einmütigkeit, daß wir nicht die Form der Einheit annehmen wollen, die Rom anbietet, obwohl einige von uns das tun, und andere nicht sehr weit davon entfernt sind“ (Ecumenical Review, April 1952, S. 267). Man kann dieses Nein zu Rom, das wir unlängst mit unerwarteter Schärfe aus der Feder von

D. Stählin lasen, auch als ein leidenschaftliches Verlangen nach wahrer Katholizität und Fülle verstehen, die man in der römischen Kirche dort, wo man ihr begegnet, nicht erkennen zu können meint. Aber Tomkins sagt auch — und sicher nicht nur für seine eigene Person —: „Der Weltrat steht in Schuld bei Rom. Es ist eine Schuld, die einzelne von uns freudig bejahen, andere sind sich dessen nicht sicher, und andere würden sie bestreiten. Aber Rom steht heute als ständige Mahnung über unserem Handeln, und wir können sie nicht übersehen.“ Bei aller Verschiedenheit in der Haltung zu Rom sei dieses „für uns alle eine ständige Erinnerung an den Weltrat, daß man von der Einheit in Christus nicht sprechen kann als von einem abstrakten Ideal, sondern sie muß etwas sein, das in der Geschichte Fleisch und Blut geworden ist. . .“ Darum wurden nach Lund nicht nur eine starke Delegation des Moskauer Patriarchats geladen, sondern auch römisch-katholische Theologen, letztere freilich nur als Beobachter; und man darf gespannt sein, ob diesmal Moskau und Rom in Lund zugegen sein werden, da sie von Amsterdam fernblieben.

Auch diesmal, so meint ein guter und verständnisvoller Kenner der ökumenischen Bewegung, Pfarrer Jürgen Winterhager, Berlin, in seiner Vorschau für Lund, habe der „Weltrat der Kirchen“ das Gericht der Wahrheit nicht zu fürchten, weil zur Wahrheit auch die Erfahrung gehöre, „daß eine Einheit schon 1925 in Stockholm geschenkt wurde. Zur Wahrheit — freilich zu der in Lehrbegriffe noch nicht gefaßten Wahrheit — gehört, daß sich die Einheit bewährt hat in den Kriegs- und Nachkriegsnöten zweier Jahrzehnte: an den Altären, an den Lagern der Sterbenden und im Zeugnis für den Frieden. . . Diese Wahrheit gilt es zu erkennen, neu zu formulieren und abzugrenzen“ („Zeichen der Zeit“ 1952, H. 5, S. 161 f.). Es ist zweifellos eine segensreiche Erfahrung, die „die Schranken theologischer Erkenntnis“ ins Bewußtsein gerückt hat (K. Rahner hat ähnliches von der katholischen Theologie gesagt). Gemeint ist hier aber das theologische Erkennen der reformatorischen Theologen; und Winterhager sieht die Lösung darin, daß man das Stückwerk des Erkennens der Theologie durch die Liebe überwinde. Als ob es in der Tradition der Einen Kirche nicht die großen klaren dogmatischen Entscheidungen gegeben hätte, die bei Anglikanern und Orthodoxen keineswegs vergessen wurden, auch nicht bei Lutheranern.

#### *Das andere Hindernis*

Aber auch die drei Buchveröffentlichungen mit dem vollen Wortlaut der theologischen Voten für Lund, die inzwischen vorliegen und auf die wir später zurückkommen werden, zeigen nach der Kritik, die sie in der „Ecumenical Review“ gefunden haben (April S. 311 ff.), daß an einen dogmatischen Fortschritt in Richtung auf die Einheit gegenüber Amsterdam nicht gedacht werden kann. „Wir stehen vor einer Mauer aus Stein, und keine Anstrengung vergleichender Ekklesiologie wird sie niederreißen“, heißt es zu dem Band über „Das Wesen der Kirche“. Da ist die Frage des apostolischen Amtes, zu welchem der Vorsitzende des Britischen Kirchenrates, der Baptist Hugh Martin, auf der Frühjahrstagung der englischen Freikirchen erklärte, das Hindernis einer Wiedervereinigung sei und bleibe die Bischofsfrage. Auch die Freikirchen hielten an der Notwendigkeit der apostolischen Suk-



zession fest. „Sie ist jedoch nach unserer Auffassung abhängig von dem Besitz des apostolischen Glaubens und nicht von der Aufrechterhaltung der apostolischen Form des Kirchenregiments.“ Solange darüber keine Einigkeit herrsche, könne man nicht die Abendmahlsgemeinschaft mit der Anglikanischen Kirche (die in Südindien besteht) herstellen. „Es gibt Dinge, die ich nicht tun kann. Dazu gehört die Zustimmung zu einem Übereinkommen, aus dem zu schließen wäre, daß unsere Pfarrer keine Diener der Kirche Christi und daß unsere Sakramente keine rechten Sakramente sind“ („Evangelische Welt“, 1. Mai 1952; vgl. auch Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 264 f und 315 f).

Auch die Voten über „Formen des Gottesdienstes“, die übrigens diesmal vier Aufsätze über Mariologie enthalten, finden in „Ecumenical Review“ scharfe Ablehnung aus der Feder von Cyril C. Richardson (Union Theol. Seminary, New York). Er schreibt, alle diese Aufsätze seien zu sehr von der liturgischen Bewegung beeinflusst und berücksichtigten nicht, was in der ganzen Kirche vor sich gehe. Auch seien die amerikanischen Beiträge schwach, die Jungen Kirchen der Missionsgebiete gar nicht vertreten. Das schlimmste Versäumnis sei das Fehlen eines leidenschaftlichen protestantischen Aufsatzes gegen die Marienverehrung und die Einbeziehung der „enthusiastischen“ Gottesdienstformen der Sekten, die heute eine immer größere Bedeutung gewinnen. Dieser ökumenische Weg sei zu schmal. Also werden wir uns hüten müssen, aus unserem Bericht über die Programmschrift der 2. Kommission für Lund weitreichende Folgerungen zu ziehen (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 65 f.); zumal da das plötzliche Ausscheiden des 2. Vorsitzenden, D. Asmussen, aus der ökumenischen Arbeit ein Schlaglicht auf ihre Problematik wirft.

#### *Das Gericht der Laien*

Scheint die dogmatische Energie der ökumenischen Bewegung in Richtung auf die Einheit zu erlahmen, so ist um so schärfer das Drängen von seiten der Laien, die die Spaltung von den „nicht-theologischen Faktoren“ her angreifen oder, wie Prof. Ch. H. Dodd (Cambridge, Kongregat.) es 1949 in seinem Brief an Oliver Tomkins schrieb, von den „uneingestanden Motiven im ökumenischen Gespräch“. Schon für die Weltkonferenz von Edingburgh hatten amerikanische Kreise das Thema aufgerollt, und auf ihr Drängen hatte im November 1951 eine Sonderkonferenz in der Schweiz die kritischen Gedanken für die Beratungen von Lund zusammengestellt, freilich mit großem Takt, um nicht geschichtliche Entscheidungen der reformatorischen Väter zu richten. Es wurde besonders herausgearbeitet, daß bei der geschichtlichen Entfaltung der Einheit der Kirche Zwang und Verfolgung eine mehr oder weniger große Rolle gespielt haben, vor allem auch die Beteiligung der Staatsgewalt; und wenn man heute die Einheit der Kirche wiederherstellen wolle, so sei man sich darüber einig, daß keine Einheit mit politischem oder geistlichem Zwang gemeint sein könne (Ecumenical Review, Januar 1952, S. 175 f.). Unter den Faktoren, die eine Spaltung verursacht haben, wird genannt: kirchliche Entwicklung in geographischer Isolierung, Zwang oder Verfolgung einer Staatskirche zur Herstellung eines christlichen Staates, wodurch Christen dazu getrieben wurden, die Freiheit ihres Glaubens in der

Bildung neuer Kirchen zu suchen, soziale, wirtschaftliche und rassische Diskriminierung, Unduldsamkeit der kirchlichen Behörden gegen Reformen und Führer von Erweckungsbewegungen, wobei soziologische Verhältnisse im Hintergrunde stehen, nationale Gegensätze, Rivalitäten prominenter Personen in Kirche und Staat. Zu den Faktoren, die eine Spaltung aufrechterhalten, rechnet man ferner die menschliche Neigung, den status quo ohne Kritik hinzunehmen, Einfluß des Schulunterrichtes in Religion, soziale Gegensätze, konfessionelles Selbstgefühl und Vereinsstolz, die tote Last der Verwaltungen, Abneigung gegen Ungewohntes, Vorliebe für vertraute Worte und Sitten, Unkenntnis und Beschränktheit menschlichen Geistes. Nicht-theologische Faktoren, die zur Einheit nötigen, sind nach diesem Gutachten die modernen politisch-technischen Verhältnisse, die auch die Kirchen zur Zusammenarbeit nötigen. Der stärkste Faktor sei die Unordnung der menschlichen Gesellschaft, worüber schon in Amsterdam gehandelt wurde: sie erfordere zu ihrer Heilung die Einheit der Kirche. Dazu kämen die Aufgaben der Evangelisation, die Anpassung von Kirchengrenzen an Staatsgrenzen, staatliche Verfolgung gegen verschiedene Kirchen und schließlich die Notwendigkeit politischer Unabhängigkeit. Um das Ziel zu erreichen, müsse man eine Schau kirchlicher Ganzheit haben, eine neue Katholizität, damit man die hemmenden nicht-theologischen Fakten furchtlos ausschalten könnte. In keinem Falle sollte man länger an ihnen vorbeireden und alles den Theologen überlassen.

#### *Auch die Theologie verwirrt*

Nicht unmittelbar zu den Aufgaben der Konferenz von Lund gehört die Vorarbeit an der Botschaft „Jesus Christus, der gekreuzigte und auferstandene Herr, die einzige Hoffnung der Welt“, die 1954 auf der 2. Vollversammlung des „Weltrates der Kirchen“ bei Chicago erlassen werden soll. Der erste Entwurf des Textes, der nun zur Prüfung in den Mitgliedskirchen umläuft, hat die Theologenkommission unter dem Vorsitz des südindischen Bischofs Newbigin vor eine denkbar schwere Aufgabe gestellt. Es zeigt sich, daß eine Aussage über die Hoffnung auf Jesus Christus nicht ohne eine einmütige Christologie gegeben werden kann. Man hatte aber 1950 in Toronto das Thema „Jesus Christus die einzige Hoffnung der Welt“ gewählt, um den Schwierigkeiten der altkirchlichen Christologie zu entgehen; denn es wird auf der Tagesordnung die sogen. „christologische Basis“ des Weltrates stehen, das Bekenntnis zu Jesus Christus „als Gott und Heiland“, um diese vieldeutige Formel endlich zu klären.

Jetzt stellt sich heraus, daß in der Frage der Hoffnung die kontinentale Eschatologie, u. a. vertreten durch den Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft und die lutherischen Theologen Prälat Hartenstein, Stuttgart, Prof. Edmund Schlink, Heidelberg, und Prof. Heinrich Vogel, Berlin, diese Hoffnung auf die Wiederkunft Christi gründet und damit die Hoffnung für die zu lebende Gegenwart verkürzt, so daß die amerikanische Theologenkommission bei der Prüfung zu dem Ergebnis kam, sie könne mit dem Entwurf nichts Rechtes anfangen. Harold E. Fey, der Hauptschriftleiter von „Christian Century“ (2. 4. 52) schrieb, man stehe vor einer unerwarteten Schwierigkeit, deren Ernst nicht übertrieben werden könne. „Wenn die Kirchen sich als ein unpassierbares Hindernis erweisen, daß die Welt ihre einzige Hoffnung in Jesus Christus



nicht entdecken kann, welche Existenzberechtigung haben sie dann noch?!“ Der sicher weitsichtige und als Präsident der ökumenischen Studienkommission theologisch erfahrene Prof. Henry van Dusen, New York, sieht keine Möglichkeit einer Lösung, da die Aufgabe übertheologisiert worden sei, und möchte gerne die Wahl eines anderen Themas vorschlagen, weil die Fragen um die Wiederkunft Christi die Antwort blockierten. Er sagte, er habe nun seit 25 Jahren mit Dr. 't Hooft zusammengearbeitet, aber er habe nicht die leiseste Vorstellung davon, was dieser meine, wenn er von der „zweiten Ankunft“ Christi spreche. 't Hooft wehrte sich auf dieser amerikanischen Theologentagung mit dem Hinweis, die Schwierigkeiten würden eher durch die angelsächsischen Sekten mit ihren Ideen vom Tausendjährigen Reich verursacht als durch die kontinentale Theologie. Die Welt denke bei dieser Hoffnung in Utopien und Begriffen von Weltkatastrophen. So wurde die amerikanische Entscheidung vertagt, da bisher kein einziges Votum einer Mitgliedskirche zum Entwurf vorlag. Harald Fey schließt seinen alarmierenden Artikel mit dem Hinweis, man habe seitens der Kirchen den Völkern zu helfen, denn Gott sei kein Gott der Konfusion, sondern des Friedens.

Einer Beurteilung von Prof. Edmund Schlink zu dem Entwurf entnehmen wir folgendes: „1. Wir können nicht von Christus als einer Hoffnung sprechen in Schlagworten eines allgemeinen Optimismus. Nach dem Zeugnis der Bibel wird Christus als wahre Hoffnung verkündet, nur wenn seine Wiederkehr als Richter und Heiland der Welt bezeugt wird. — 2. Wir können nicht von Christus als unserem erhöhten Herrn sprechen und seine Erniedrigung außer acht lassen. Seine Kreuzigung und Auferstehung von den Toten, seine Ohnmacht in dem Erdenleben und sein Ruhm zur Rechten des Vaters gehören zusammen. Daher kann auch die Kirche keine Hoffnung für sich selber haben, ohne sich für das Leiden zu rüsten.“ Die Hoffnung auf den neuen Himmel und die neue Erde sei nicht nur das Ende, sondern auch die Erneuerung des Alten, die Erlösung der Gegenwart. Darum werden die Ordnungen für diese Welt, Ehe, Nation, Staat, obwohl sie nicht dem zukünftigen Aon angehören, noch nicht von Gott verworfen. Die Hoffnung der Christen kenne die Geduld Gottes mit seiner Schöpfung, und die Christen hätten Grund, in dieser Welt für alles zu danken. Aber die Botschaft müsse von Christus dem *Gekreuzigten* reden und der Welt dieses *Ärgernis* bieten, denn die Gefahr sei groß, daß die Völker in seinem Namen irdischen Wohlstand erwarten. Die Hinzufügung des „Auferstandenen“ in der vorgeschlagenen Formel erübrige sich und schwäche das Zeugnis ab, denn wenn Christen den gekreuzigten „Herrn“ bezeugen, so meinen sie den Erhöhten. — Und doch nehmen die Amerikaner an diesem „hoffnungslosen“ Ärgernis Anstoß (mit Ausnahme der Vereinten Lutherischen Kirche); ihre Gewöhnung an das social gospel, an sozial-reformerische Nahziele rebelliert gegen den Christus crucifixus! Übrigens mit triftigen Gründen. „Christian Century“ vom 9. April führt diese „Botschaft der Verzweiflung“ aus dem Geiste Karl Barths auf die besonderen Erfahrungen und Befürchtungen des europäischen Kontinents zurück. Aber diese Verzweiflungsstimmung sei durchaus nicht der Geist des kirchlichen Lebens in Asien, Afrika und USA. Man müsse dem einfach widerstehen, daß die europäische Mehrheit der theologischen Kommission ihre Eschatologie als Gotteswort dem Weltrat auf-

zwingt. Wie soll man diese Frage lösen? Jedenfalls nicht an der Christologie vorbei. Der Engpaß, den man umgehen wollte, sperrt nun auch den Umweg.

#### D. Asmussens Protest

In dieser Lage wirkt die Absage von Propst Asmussen, Kiel, an die ökumenische Bewegung als ein Fanal. Am 29. April richtete er, während der Flensburger General-synode der „Vereinigten Ev.-Luth. Kirchen in Deutschland“ folgenden Brief an das Büro der Kommission von „Faith and Order“ in London und übermittelte eine Abschrift dem Präsidenten des Exekutivausschusses des Welt-rates, Lordbischof von Chichester, D. Bell. Da die Auslegung des Dokumentes nicht leicht ist, drucken wir es im Wortlaut ab:

Sehr geehrte Herren! Liebe Brüder!

Hiermit teile ich Ihnen voll Schmerz mit, daß ich auf weitere Mitarbeit in der ökumenischen Arbeit verzichten muß. Dieser Entschluß ist das Ergebnis jahrelanger not-voller Erwägungen.

Meine Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung kann sich nicht so auswirken, daß ich es vor Gott, vor seiner Heiligen Kirche und vor meinem Volke verantworten kann. Vielmehr wird durch meine Mitarbeit ein Tatbestand verdeckt, der für die Heilige Kirche, für mein Volk und für die ganze Menschheit verderblich ist.

Wir Deutschen verdanken der ökumenischen Bewegung vor 1945 und nach 1945 sehr viel. Wenn ich heute mich aus der Mitarbeit löse, so soll dieses Wort des Dankes das erste sein, was ich sage. Ich bin überzeugt, daß wir noch heute und in Zukunft viel Gutes und viel Frucht von der ökumenischen Arbeit haben würden, — wenn wir evangelischen Christen in Deutschland die gleichen geblieben wären, die wir 1945 waren. Das ist aber nicht der Fall. Viele von denen, die in der Ökumene mitarbeiten, geben sich große Mühe, die Alten zu bleiben. Aber die Lenkung und Deutung, welche unsere Mitarbeit durch das Kirchliche Außenamt erfährt, macht es unmöglich, daß diese Bemühungen erreichen, was sie erstreben.

Als zur Zeit des III. Reiches Herr Bischof D. Heckel das Außenamt leitete, da haben unsere Brüder im Ausland gefürchtet, daß mit kirchlicher Autorität Ideen des III. Reiches in den Kirchen der Ökumene wirksam würden. Niemals unter D. Heckel ist aber die Gefahr der Politisierung und die Gefahr der Propagierung des Totalitarismus so groß gewesen wie heute, wo Herr D. Niemöller das Außenamt leitet.

In Stuttgart haben wir 1945 uns schuldig gesprochen, zu viel geschwiegen zu haben. Heute wird in den Kirchen Westdeutschlands unter dem Einfluß D. Niemöllers mehr geschwiegen als je im Dritten Reiche. Das Sowjetsystem wird verharmlost. Unsere im Osten verhafteten Brüder werden verschwiegen und vergessen. Keiner kennt nur ihre Namen und ihre Zahl.

Im Kampf gegen die „Deutschen Christen“ haben wir gegen eine politische Theologie gekämpft. Heute ist die Gefahr einer politischen Theologie nicht geringer. Wir Deutschen wünschen den Frieden. Wir erhoffen Deutschlands Einheit. Aber es wird bei uns eine Pseudotheologie aus diesen Wünschen gemacht, und diese Pseudotheologie beherrscht die kirchliche Debatte in der Öffentlichkeit Westdeutschlands.



So lenken wir allmählich ein auf den Kurs Hromadkas und Ungarns. Und was bei uns ohne Widerspruch in der Öffentlichkeit zur Herrschaft kam, sickert ein in die Ökumene, ohne daß wir einzelnen Mitarbeiter etwas daran ändern könnten. Die Kirchen der ganzen Welt geraten in die tödliche Gefahr, sich durch die Leitung der ökumenischen Arbeit in Deutschland innerlich mit dem Kommunismus abzufinden.

Daran möchte ich nicht mitschuldig werden. Da ich diesen Kurs nicht ändern kann — ich habe es oft genug versucht —, ziehe ich mich zurück. . . .

gez. D. Asmussen DD.

Dieser auffallende Brief gibt keine deutliche Vorstellung von den konkreten Anlässen seiner Absendung, die sicher nicht nur in Vorbereitungen für die Weltkonferenz von Lund zu suchen sind, sondern ebenso sehr in dem Verlauf der Flensburger Synode. Er ist jedenfalls der zweite Alarmruf Asmussens seit seinem Frankfurter Vortrag über die Gefahr, daß die Christenheit am Papst durch seine ökumenischen wie politischen Gegner eine dauernde Spaltung erfahren könnte (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 266).

**Die Generalsynode in Flensburg** Vom lutherischen Standpunkt ist die Flensburger Generalsynode von Ende April ein beträchtlicher Fortschritt im inneren Ausbau der „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Deutschland“. Es gab drei schwere Aufgaben zu bewältigen: die Annahme einer Liturgie für Taufe und Konfirmation samt einer „Ordnung des kirchlichen Lebens“, Beschlußfassung über Anträge einiger Landeskirchen, mit Rücksicht auf die politische Tätigkeit Präsident Niemöllers und seiner Freunde nicht nur die Personalverhältnisse im kirchlichen Außenamt, sondern überhaupt das Verhältnis zur EKD zu überprüfen, und schließlich die wesentlich theologische Frage eines Urteils gegen Bultmann.

Die neuen Abschnitte einer gemeinsamen lutherischen Liturgie, die „keine zwangsweise Gleichschaltung“ der Mitgliedskirchen bedeuten soll, wurde einmütig angenommen. Damit fanden jahrelange Vorarbeiten ihre Krönung. Die neue „Ordnung des kirchlichen Lebens“ dagegen mit den Stücken von Gottesdienst, Beichte, Abendmahl und Begräbnis erhielt nur eine große Mehrheit. Sie soll dem geistlichen Aufbau der Gemeinden dienen. Mit der Einführung verbindlicher Ratschläge an die Pfarrer, die Einzelbeichte wieder aufzunehmen (einst ein Bestandteil des Kleinen und Großen Katechismus Luthers!), waren die Landeskirchen von Bayern und Hannover (früher schon Berlin-Brandenburg) vorangegangen (vgl. einen Entwurf in Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 303). Sobald der genaue Wortlaut vorliegt, werden wir darauf zurückkommen. Es liegt natürlich nahe, die unkatholische Behandlung dieses Sakraments zu bemängeln, da die Vollmacht zur Absolution anscheinend einfach postuliert und sogar jedem Laien zugesprochen wird. Wichtiger erscheint uns die Feststellung, daß zunächst einmal das theologische Niveau der lutherischen Bekenntnisschriften wiederhergestellt wurde und manche Frage Asmussens an die „Augsburgische Konfession“ ihre Beantwortung gefunden hat, wenigstens auf dem Papier. Es können nun mit dieser so lange verachteten Beichte nach reformatori-

chem Verständnis Erfahrungen gemacht werden, nach deren Vollzug ein Gespräch mit der Frage nach der Vollmacht — die ja auch aus dem ökumenischen Raum an die lutherischen Brüder dringt — besser verstanden und gehört werden kann. Es ist schon viel, daß eine Apologetik nicht mehr auf totales Unverständnis stößt, wenn sie überhaupt nur auf die Beichte zu sprechen kommt. Man sollte diese Umkehr der Lutheraner, die weitgehend auf Initiative von Laien zurückgeht, mit größtem Takt bewerten. Sie ist eine Mutprobe von nicht geringem Ausmaß.

### *Keine Spaltung der EKD*

Man darf es dem leitenden Landesbischof D. Hans Meiser und sicher nicht zuletzt den Kreisen um Zehrer's „Sonntagsblatt“ zuschreiben, daß es in Flensburg an der Frage Niemöller und der „Politisierung der EKD“ wieder nicht zu einer Spaltung, d. h. zu einem Bruch mit den Landeskirchen von Hessen und der „Altpreußischen Union“ gekommen ist, die hinter Niemöller stehen. Allerdings scheint man stärkste Vorbehalte hinsichtlich einer klaren Trennung zwischen geistlichem und politischem Handeln gemacht zu haben, und es soll wohl der unerquickliche Zustand beseitigt werden, daß Niemöller als Leiter des Außenamtes zugleich dem Rat angehört, dessen Kontrolle er untersteht. Das Verlangen nach früherer Einberufung der Generalsynode der EKD zwecks Stellungnahme zu den außenpolitischen Verträgen und dem Wehrbeitrag nannte D. Meiser den bisherigen Höhepunkt in der Gefährdung der EKD (vgl. auch die Meldung im vorigen Heft S. 356 f.).

In der Entscheidung gegen Bultmann wurde der von uns im Märzheft gemeldete Weg eingeschlagen, mit einer nicht unwesentlichen Änderung. Der einstimmig angenommene Beschluß lautet: „Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat sich bei ihrer 4. Tagung in Flensburg am 27. April 1952 durch drei Vorträge theologischer Lehrer (Rektor D. Merz, Prof. D. Dr. Wendland und Prof. D. Dr. Künneth) über die mit dem Namen von Rudolf Bultmann verbundenen Probleme einer ‚Entmythologisierung des Neuen Testaments‘ berichten lassen. Diese Vorträge haben deutlich gezeigt, daß es sich bei den hier aufgeworfenen Fragen um die Mitte der christlichen Verkündigung handelt. In großer Sorge sieht die Generalsynode die Gefahr, daß die Heilstaten Gottes in Lehre und Verkündigung zurückgedrängt, verflüchtigt und zuletzt preisgegeben werden. Es ist und bleibt der Auftrag der Kirche, die großen Taten Gottes zu bezeugen, wie sie in der Menschwerdung Jesu Christi, in seinem Tod und in seiner Auferstehung geschehen sind. Die Generalsynode kann in dieser Stunde nicht im einzelnen zu der theologischen Auseinandersetzung über die ‚Entmythologisierung‘ Stellung nehmen. Sie bittet die Bischofskonferenz der Vereinigten Kirche, die entscheidenden Fragen einer Klärung zuzuführen. Sie bittet Bischöfe und Lehrer der Kirche, dazu zu helfen, daß in Predigt und Unterweisung das Wort Gottes recht ausgelegt und den Menschen unserer Tage nahegebracht wird.“

Das ist zweifellos eine Petition um eine Lehrentscheidung. Allerdings wird sie offenbar den Bischöfen und Lehrern (d. h. Universitätstheologen) abverlangt. Bedeutet das die Annahme jener im Tübinger Gutachten vertretenen Theorie von der Kirchenleitung und den Theologischen Fakultäten?



täten als den „einander zugeordneten Gliedern am Leibe Christi“? Sicher ist es eine Abweichung von dem Standpunkt D. Haugs, Stuttgart, daß es noch zu früh sei zu einer kirchenamtlichen Entscheidung. D. Meiser erklärte in der Schlußsitzung der Synode, die Bischofskonferenz werde sich der Aufgabe nicht entziehen, weil die Kirche durch Bultmanns Theologie ins Mark getroffen werde. Sie dürfe daher nicht schweigen. Wie aber wird man nach dem Tübinger Vorgang die recht verschieden denkenden „Lehrer“ und dann auch noch die Landesbischöfe zu einem gemeinsamen Spruch bringen? Darüber könnte noch viel Zeit vergehen. Die Erfahrungen in Schwaben geben zu diesem Zweifel begründeten Anlaß. Aber vielleicht waren die drei Voten von Flensburg gehaltvoller als das Tübinger Gutachten. Das wird ihre bevorstehende Veröffentlichung erweisen.

**Um den Consensus Ecclesiae** Der lutherische Pfarrer Max in der Erkenntnis Gottes  
aus der Schöpfung

Lackmann ist den Lesern der Herder-Korrespondenz bekannt durch seine Schrift „Sola Fide“, die vom Jakobusbrief her ein kräftiges Fragezeichen hinter die reformatorische Rechtfertigungslehre setzt (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 110, u. 6. Jhg. S. 14). Sein „Handbuch zur Unterweisung über die lutherische Einzelbeichte für Pfarrer und Gemeinden“ (Gütersloh, 2. Aufl. 1950) hat wohl viel dazu beigetragen, daß die Annahme einer lutherischen Beichtordnung in Flensburg überhaupt möglich wurde. Nun legt er ein gewichtiges Werk vor: „Vom Geheimnis der Schöpfung“, eine exegetisch-dogmengeschichtliche Monographie zu der Frage einer „allgemeinen Offenbarung“. Hier wird die Geschichte der Exegese von Röm. 1, 18-23 und 2, 14-16 sowie Apostelgeschichte 14, 15-17 und 17, 22-29 vom 2. Jahrhundert bis zum Beginn der lutherischen Orthodoxie erst referierend, dann kritisch untersucht, wobei die katholische Exegese jeweils neben der reformatorischen ausgebreitet wird. Ein Summarium der gesamten Quellen zum Thema erhöht den bedeutenden Wert des Buches (Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1952, 372 S.). Seiner Substanz nach ist es die längst fällige — anscheinend von Prof. Paul Althaus mit angeregte — Abrechnung eines Schülers und Verehrers von Karl Barth mit seinem Meister, und zwar in der vitalen Frage der Erkenntnis Gottes aus der Schöpfung, die Barth erst so radikal im Widerspruch zur ganzen Kirche verneinte, um sie dann unter seine sogenannte „christozentrische Engführung“ zu beugen. Kirchenpolitisch betrachtet — das darf dabei nicht übersehen werden! — ist das Buch im rechten Augenblick, vor dem Zusammentritt des Lutherischen Weltbundes, eine Widerlegung des 1. Artikels der „Barmer Theologischen Erklärung“ vom Mai 1934, die die Offenbarung Gottes auf Jesus Christus beschränkt, was damals sein Recht gegen die Irrlehren der „Deutschen Christen“ hatte, heute aber die politische Verantwortung der Christen in verschiedenen Sektoren der großen Politik verwirrt.

*Barth hat „die Wahrheit verletzt“*

Lackmann wirft Barth vor, er habe in den entsprechenden Kapiteln seiner „Kirchlichen Dogmatik“ (I, 1; II, 1; III, 1) bei der Auslegung der genannten vier Schriftstellen den Consensus Ecclesiae preisgegeben und „die Wahrheit verletzt. Ich sage nicht: bedroht! Ich sage in aller Deutlich-

keit: verletzt.“ Lackmann sorgt sich nicht um den Vorwurf, sein Weg führe nahe an Rom vorbei. „Wenn er nur nicht in Roms Weg einmündet!“ Tatsächlich geht er nicht darauf aus, in der Weise der katholischen Theologie eine natürliche Gotteserkenntnis durch die ratio an Hand einer Lex naturae zu erweisen, über die der Mensch verfügen könne, sondern er bleibt mit dem Kirchenvater Augustinus der Überzeugung, daß Gott als Subjekt unseres Erkennens jeweils den Verstand erleuchtet (so deutet er Röm. 1, 19b). Er sagt, „was katholische Theologie von Justin über Thomas bis heute als lex naturae und virtus der ratio und des intellectus und als Vorstufe der Glaubenserkenntnis der gratia specialis behauptete: das alles bedeutete mindestens eine Gefährdung, auf die Dauer sogar einen Vergiftungsprozeß für die apostolische Wahrheit und eine Ruinierung dessen, was im Neuen Testament Glaube und Gemeinde Jesu Christi genannt wurde“. Und er fährt fort: „Aber wie nun, wenn dieser zu Unrecht redende und vorlaute Mensch, den die gesamte katholische und reformatorische Theologie durchgängig neben dem Evangelium und dem Gesetz Gottes zu Wort kommen läßt, gar nicht die Wahrheit wäre, um die es den Vätern zu tun war? Wie nun, wenn die katholischen und reformatorischen Theologen doch nicht so ganz von Gott und allen guten Geistern verlassen gewesen sein sollten, daß sie unter allen Umständen den Gott des Evangeliums nur zuzulassen bereit waren, wenn er sich sozusagen vor dem natürlichen Menschen legitimiert hatte? Wie, wenn die Väter zwar den Menschen und mit der menschlichen Existenz verbundene geistige und psychische Vorgänge nannten und umschrieben, aber Gott und sein Wirken an seinem Geschöpf meinten oder wenigstens in dieser Richtung ihr Nachdenken begannen?“ So wahr es sei, daß sich die christliche Theologie von früh an für ein Wissen um Gott interessiert hat kraft dessen, was der Mensch ist und hat, ebenso unbestreitbar hätten es die Vertreter einer derartigen „Facultas“ des natürlichen Menschen nie unterlassen, eben diese Facultas auf eine schöpferische Tätigkeit des Schöpfers an seinem Geschöpf zurückzuführen. Daß Gott nur durch Gott zu erkennen sei, dieses Wissen wurde nie wahrhaft aufgegeben und verloren. Lackmann meint, Barths Nein gegen die menschliche Superbia gelte auch dem Geschöpf Gottes, ja der Wirklichkeit des Schöpfers, und er will das an Hand der Väter nachweisen.

So forscht er Schritt auf Schritt den Erkenntnissen der Väter nach und findet bei ihnen, daß die Inkarnation des ewigen Wortes auf das Liebeswerk Gottes des Schöpfers an seiner Schöpfung und nicht auf Fall, Sünde, Schuld, Teufel, Tod zu gründen ist, und er hält die Ausbildung einer kosmischen Christologie, Pneumatologie und Ekklesiologie im Anschluß an westliche und östliche Vorbilder für geboten. Die theologischen Leitsätze am Schluß der breit ausholenden Entfaltung der historischen Exegesen versuchen das Ergebnis festzuhalten, mit dem sich nicht nur lutherische Theologen, sondern auch die katholische Kontroverstheologie wird befassen müssen. Leider hat Lackmann sich noch nicht mit der Auffassung von Hans Urs von Balthasar auseinandersetzen können und sich nicht gefragt, warum Barth bei diesem bedeutenden theologischen Gegner und Gesprächspartner sehr viel besser wegkommt.

Dennoch wird nunmehr das Gespräch neu und fruchtbar in Gang kommen. Wenn Lackmann erklärt: „Der christ-



liche Gottesgedanke und die Botschaft des Evangeliums sind nicht von der Sünde und Erlösung, sondern von der Schöpfung und vom Plan des Schöpfers her zu bestimmen . . . Die Christologie steht im Dienste der Theologie, nicht umgekehrt“, so ist das ein guter Ausgangspunkt. Aber der Protest gegen die „unbiblische Gegenüberstellung“ eines natürlichen und übernatürlichen Menschen zeigt wieder, daß der Pendelausschlag weit über die Mitte hinausgeht. Immerhin, der *Consensus Ecclesiae* wird wieder energisch gefragt und gesucht und dient als tragendes theologisches Argument.

**Eine beachtliche orthodoxe Stimme** Der auslandsrumänische Metropolit Wissarion, der sich mit dem Aufbau einer abendländischen orthodoxen Kirche beschäftigt (siehe Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 250), wandte sich einer Mitteilung von „La Croix“ zufolge an den russischen Patriarchen Alexius mit verschiedenen Fragen, die das Verhältnis der christlichen Kirche zum Sowjetstaat betreffen. Unter anderem fordert er das Moskauer

Patriarchat auf, vom Sowjetregime eine sofortige Beendigung aller religiösen Verfolgungen zu verlangen und sich in erster Linie für einen Frieden mit der römischen Schwesterkirche einzusetzen, „die seit Jahrhunderten und mit außerordentlichem Geschick mehr als sonst jemand die Realisierung des christlichen Ideals, des Friedens und der sozialen Harmonie in aller Welt verfolge“. Das Moskauer Patriarchat solle die christlichen Einheitsbestrebungen unterstützen und für Errichtung freundschaftlicher Beziehungen mit den Weltreligionen beitragen — vor allem mit der lateinischen Kirche. „Die ganze Welt sieht mit Schrecken und Mitleid auf die Leiden, die das Moskauer politische Regime . . . dem Klerus und den Einrichtungen der römischen Kirche in den verschiedenen Ländern zufügt . . . Ich bin jetzt und für immer im Schoße meiner orthodoxen Kirche, aber ich verkünde laut und fest, daß die römische Kirche zufolge der Überlegenheit ihrer Organisation, der Anzahl ihrer kulturellen und caritativen Einrichtungen und ihrer missionarischen Tätigkeit in der ganzen Welt bewundert . . ., aber nicht verfolgt werden muß.“

## Die Stimme des Papstes

### Über das Sittengesetz

*Die Verwirrungen des moralischen Bewußtseins in der Gegenwart, die ja auch in die noch gläubig christlichen Kreise eindringen, gehören zu den schwersten Sorgen Papst Pius' XII. Wie er am 23. März zum „Tag der Familie“ zu den italienischen Katholiken über die Gewissensbildung gesprochen hat (Herder-Korrespondenz Jhg. VI, S. 360 ff.), so richtete er am 19. April an die Teilnehmerinnen des großen Kongresses der „Fédération Mondiale des Jeunes Femmes Catholiques“ eine wichtige Ansprache über das Wesen des Sittengesetzes, das heute durch den Begriff der „Situationsethik“ bedroht ist. Unserer Übersetzung liegt eine römische Übersetzung zugrunde.*

Herzlich willkommen, liebe Töchter vom Weltverband der katholischen Frauenjugend! Wir begrüßen euch mit der gleichen Freude, der gleichen Zuneigung, mit der Wir euch vor fünf Jahren in Castel Gandolfo anlässlich des großen internationalen Treffens der katholischen Jugend empfangen haben.

Die Anregungen und der Rat zur Umsicht, die euch jener Kongreß gegeben hatte, wie auch die Worte, die Wir damals an euch gerichtet haben (*Discorsi e Radiomessaggi IX*, S. 221—223), sind wahrlich nicht ohne Frucht geblieben. Wir wissen, wie sehr ihr euch in dieser Zwischenzeit angestrengt habt, um die ganz bestimmten Ziele, die ihr klar erkannt hattet, zu erreichen. Das beweist Uns auch die Denkschrift, die ihr Uns anlässlich der Vorbereitung des gegenwärtigen Kongresses überreicht habt: „Der Glaube der Jugend — ein Problem unsrer Zeit“. Ihre 32 Seiten haben das Gewicht eines dicken Bandes, und Wir haben mit großer Aufmerksamkeit davon Kenntnis genommen. Denn sie faßt die Ergebnisse zahlreicher Rundfragen über

den Glaubensstand in der katholischen Jugend Europas zusammen, und diese Ergebnisse sind außerordentlich lehrreich.

Eine ganze Reihe von Fragen, die darin berührt worden sind, haben Wir selber in Unserer Ansprache vom 11. September 1947, bei der ihr zugegen wart, wie auch in anderen Ansprachen vorher und nachher behandelt. Heute möchten Wir die Gelegenheit dieses Zusammenseins mit euch benutzen, um zu sagen, was Wir über eine gewisse Erscheinung denken, die sich mehr oder weniger überall im Glaubensleben der Katholiken zeigt; sie hat mehr oder weniger alle, ganz besonders aber die Jugend und ihre Erzieher befallen, und auch eure Denkschrift weist an verschiedenen Stellen Spuren davon auf, so, wenn ihr (S. 10) sagt: „Die Jugend verwechselt das Christentum mit einer Summe von Vorschriften und Verboten und hat daher das Gefühl, in dieser ‚imperativen Moral‘ zu ersticken; und es ist nicht nur eine unbedeutende Minderheit, die den ‚lästigen Ballast‘ über Bord wirft.“

#### *Eine neue Auffassung des Sittengesetzes*

Wir könnten diese Erscheinung „eine neue Auffassung des sittlichen Lebens“ nennen, da es sich um eine Tendenz auf dem Gebiet des Sittlichen handelt. Aber die Prinzipien der Sittlichkeit stützen sich auf die Glaubenswahrheiten; und ihr wißt, von welcher grundlegender Bedeutung für die Erhaltung und Entfaltung des Glaubens es ist, daß das Gewissen des jungen Mannes und des jungen Mädchens sehr frühzeitig nach richtigen und gesunden sittlichen Normen gebildet und entwickelt wird. So ist die „neue Auffassung der christlichen Sittenlehre“ aufs engste verknüpft mit dem Problem des Glaubens der Jugend.